

Resolution

Antragsteller:

Alexandra Erikson, Katrin Werner, Wolfgang Ferner u. Alexander Ulrich

Finanzausstattung der Kommunen stärken

Starke Kommunen brauchen eine angemessene Finanzausstattung

Städte und Gemeinden sind die Keimzellen unserer Demokratie. Sie sind die erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Es sind die Kommunen, die für die meisten alltäglichen Dienstleistungen und für einen Großteil der Infrastruktur zuständig sind – von der Feuerwehr über die Instandhaltung von Straßen bis hin zu Bürgerämtern und Kindertagesstätten.

Aber die Lage ist dramatisch: Die Kommunen in Rheinland-Pfalz sind existentiell verschuldet. Der größte Teil davon sind Kassenkredite - aufgenommen, um die laufenden Geschäfte bezahlen zu können. Dabei sparen die Kommunen seit Jahren bei ihren Ausgaben. Immer mehr freiwillige Leistungen fallen dem Sparzwang zum Opfer. Es handelt sich um ein Einnahme- nicht um ein Ausgabeproblem.

Unsere Kommunen haben seit 1998 durch die Steuersenkungen zuerst der rot-grünen, dann der schwarz-roten und jetzt der schwarz-gelben Bundesregierung pro Jahr rund hunderte Millionen Minder-Einnahmen gehabt, das zeigt eine Untersuchung des Instituts für Makroökonomie.

Damit die Kommunen in Rheinland-Pfalz wieder Handlungsspielraum bekommen, müssen sie finanziell wieder deutlich besser ausgestattet werden. Ansonsten droht die Streichung von Angeboten und Dienstleistungen sowie Sozialabbau.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert daher die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene einzusetzen für:

- die Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer, die auch Selbstständige und Freiberufler wie Ärzte und Architekten zahlen müssen
- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro die Stunde. Ein solcher Mindestlohn ist für die finanzielle Ausstattung der Kommunen wichtig, da sie direkt oder indirekt Aufstocker-Leistungen nach Hartz IV für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bezahlen müssen, die so wenig verdienen, dass der Lohn nicht zum Leben reicht.

DIE LINKE. RLP fordert die Landesregierung außerdem auf, sich auf Bundesebene für eine bessere Finanzausstattung des Bundeslandes Rheinland-Pfalz einzusetzen. Damit kann zum einen ein drastischer Abbau von öffentlichen Dienstleistungen und ein Sparprogramm zulasten von Arbeitslosen, Behinderten, Familien, zulasten der Bildung unserer Kinder und

zulasten der Sicherheit auf unseren Straßen verhindert werden. Zum anderen kann das Land mit diesen Mitteln auch unsere Kommunen unterstützen. Konkret fordern wir:

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Vermögen ab einer Million Euro sollen mit fünf Prozent pro Jahr besteuert werden
- eine einmalige Vermögensabgabe für Reiche, um die Schuldenlasten abzubauen
- eine höhere Steuer auf große Erbschaften
- eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer

- eine Erhöhung des kommunalen Anteils an der Einkommens- und Umsatzsteuer

Wir können es uns nicht leisten, Millionäre aus der Verantwortung für unser Gemeinwesen zu entlassen. Wir LINKE erinnern an das Grundgesetz, in dem es unmissverständlich heißt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

DIE LINKE in Rheinland-Pfalz fordert außerdem eine klare Aufgabenverteilung im Rahmen des Konnexitätsprinzips zwischen Bund, Land und Kommunen, getreu dem Motto: Wer bestellt bezahlt. Die bisherige Praxis, nach der Bund und Länder immer mehr Aufgaben an die Kommunen weiterreichen, ohne eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen, muss beendet werden.